

Die Liste der jüdischen Einwohner im Deutschen Reich 1933-1945

von Nicolai M. Zimmermann

Die Liste der jüdischen Einwohner im Deutschen Reich 1933-1945 dokumentiert die Lebens- und Schicksalsdaten der ca. 600.000 Personen, die zwischen 1933 und 1945 im Deutschen Reich (in den Grenzen vom 31.12.1937) ansässig waren und wegen ihrer jüdischen Abstammung oder Religion verfolgt wurden.

1 Die erste Phase: Eine *List of Jewish Residents* für die Entschädigung jüdischer Lebensversicherungspolizen (2002/03)

Ein erstes provisorisches Verzeichnis der jüdischen Einwohner Deutschlands entstand im Bundesarchiv 2002/03 in nur wenigen Monaten im Rahmen der zwischen der International Commission on Holocaust Era Insurance Claims (ICHEIC), dem Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) und der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ) verhandelten Entschädigung unbezahlter Versicherungsansprüche gegen deutsche Versicherungsunternehmen während der NS-Zeit.¹

Dabei hatte der GDV die Erstellung einer elektronischen Liste sämtlicher Policeninhaber aus der Zeit von 1920-1945 mit insgesamt 8,5 Millionen Datensätzen übernommen. Da aus den Versicherungsunterlagen aber die Zugehörigkeit zur jüdischen Minderheit nicht hervorging, erhielt das Bundesarchiv von der Stiftung EVZ den Auftrag, bis zum 28.02.2003 eine elektronische Liste jüdischer Einwohner in Deutschland (1933-1945) zu erstellen. Diese Residentenliste sollte dann dazu dienen, im Abgleich mit dem Verzeichnis der Policeninhaber die möglicherweise jüdischen und damit anspruchsberechtigten Versicherungsnehmer zu identifizieren.²

Die Arbeiten daran begannen im Sommer 2002 und wurden am 16.10.2002 vertraglich geregelt. Auf Wunsch der ICHEIC wurden dabei nicht nur Daten aus dem Reichsgebiet in den Grenzen vom 31.12.1937, sondern auch aus dem Sudetenland und der Freien Stadt Danzig erfasst. In kürzester Zeit wurden ungefähr 2,5 Mio. unbereinigte Einzeldatensätze gesammelt. Die Grundlage dieser ersten *List of Jewish Residents* bildeten zwei große elektronische Datenbestände im Bundesarchiv: die Erstauflage des Bundesgedenkbuches, deren zugrunde liegende Datenbank über 495.000 Personen enthielt, und die digitalisierten Ergänzungskarten der Volkszählung vom 17. Mai 1939.³ Besondere Anstrengungen wurden unternommen, um

¹ Zur Residentenliste vgl. LARS NEBELUNG/SYLVA ROGGE-GAU/CLAUDIA ZENKER-OERTEL, Die Liste der jüdischen Residenten in Deutschland 1933-1945, in: Mitteilungen aus dem Bundesarchiv 14 (2006), H. 2, S. 59-66; MICHAEL JANSEN/GÜNTER SAATHOFF (Hrsg.), „Gemeinsame Verantwortung und moralische Pflicht.“ Abschlussbericht zu den Auszahlungsprogrammen der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, Göttingen 2007, S. 132f. Der gesamte Text des sog. trilateralen Abkommens vom 16.10.2002 zwischen ICHEIC, dem GDV und der Stiftung EVZ befindet sich im Internet unter <http://www.icheic.org/pdf/agreement-GFA.pdf> (Stand: 17.02.2010), wobei der Annex H den für die Residentenliste entscheidenden Teil darstellt. Dort finden sich auch umfangreiche Listen über relevante Quellenbestände.

² Vgl. JANSEN/SAATHOFF, Abschlussbericht (wie Anm. 1), S. 132.

³ Vgl. Gedenkbuch – Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945, bearb. vom BUNDESARCHIV Koblenz und dem INTERNATIONALEN SUCHDIENST Bad Arolsen,

die Überlieferungslücken der Volkszählungsunterlagen für die Rheinprovinz sowie für Thüringen zu schließen. Auch in Polen und Israel begann man mit Nachrecherchen. Hinzu kamen umfangreiche Literaturlauswertungen von verschiedensten Gedenkbüchern⁴ und Spezialbibliotheken wie der Germania Judaica in Köln. Außerdem wurden zahlreiche elektronische Datenbestände staatlicher und kommunaler Archive und Gedenkstätten einbezogen, u.a. die des US Holocaust Memorial Museum.

Aufgrund des Verwendungszwecks und des kleinen Zeitfensters wurden auch viele ungesicherte Namen mit sehr lückenhaften Informationen in die Residentenliste eingespeist, schließlich wollte man keinen Anspruchsberechtigten leichtfertig ausschließen. Dieses, aus damaliger Sicht sehr nachvollziehbare Vorgehen, ist verantwortlich für eine ganze Menge qualitativ wenig ergiebiger Datensätze, die die Datenbank noch heute belasten. Problematisch ist darüberhinaus, dass damals aus erbrechtlichen Gründen auch nichtjüdische Angehörige sog. gemischter Haushalte berücksichtigt wurden – ein Personenkreis, der heute nicht mehr zur Zielgruppe gezählt wird.

Die *List of Jewish Residents* erfüllte ihren Zweck insofern, als die ICHEIC am 30.04.2003 die durch den Namensabgleich identifizierten 360.000 potentiellen jüdischen Anspruchsberechtigten im Internet unter <http://www.icheic.org> veröffentlichen konnte.

2 Die zweite Phase: Die Erstellung einer *Liste der jüdischen Einwohner im Deutschen Reich 1933-1945* als Projektarbeit (2004/05-2006/07)

2.1 Die Einsetzung der Projektgruppe

Bereits im Rahmen der Entschädigungsverhandlungen wurde von jüdischer Seite der Wunsch geäußert, die provisorische *List of Jewish Residents* zu einem wissenschaftlich fundierten Verzeichnis aller jüdischen Einwohner im Deutschen Reich 1933-1945 auszubauen als Andenken an die einstmals große jüdische Gemeinschaft in Deutschland. Deshalb wurde diese Absicht ausdrücklich im Annex H des bereits erwähnten sog. trilateralen Abkommens vom 16.10.2002 über die Versicherungsentschädigung schriftlich festgehalten.

Nach Abschluss der Entschädigungszahlungen erteilte die Bundesregierung dem Bundesarchiv mit Erlass vom 18. Oktober 2004 den Auftrag, in Zusammenarbeit mit der Stiftung EVZ eine Liste der jüdischen Einwohner im Deutschen Reich für den Zeitraum von 1933-1945 zu erarbeiten. Die relativ weit gefassten Kriterien für eine Aufnahme in das weiterhin meist kurz Residentenliste genannte Verzeichnis wurden am 09.12.2004 auf einer Besprechung von Vertretern der Stiftung EVZ, des Bundesarchivs, jüdischer Institutionen und der Wissenschaft festgelegt; sie lassen sich aus der folgenden Projektbeschreibung präzise entnehmen: Ziel des Projektes war es, „aus einer Vielzahl von Quellen eine möglichst vollständige und genaue Liste der circa 600.000 jüdischen Einwohner zu erstellen, die [zu einem beliebigen Zeitpunkt] zwischen 1933 und 1945 in Deutschland – definiert durch die Grenzen vom 31. Dezember 1937 – ansässig waren und wegen ihrer jüdischen Abstammung

Koblenz 1986. Zu den Ergänzungskarten vgl.

<http://internet-spiegel/fachinformationen/01601/index.html.de>

⁴ Zu den wichtigsten zählten unter anderem das Buch der Erinnerung. Die ins Baltikum deportierten deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Juden, bearb. von WOLFGANG SCHEFFLER/DIANA SCHULLE, hrsg. vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V., „Riga-Komitee der deutschen Städte“, der Stiftung „Neue Synagoge Berlin - Centrum Judaicum“ und der Gedenkstätte „Haus der Wannsee-Konferenz“, 2 Bde., München 2003; Theresienstädter Gedenkbuch. Die Opfer der Judentransporte aus Deutschland nach Theresienstadt 1942-1945, hrsg. vom INSTITUT THERESIENSTÄDTER INITIATIVE, Prag 2000; SERGE KLARSFELD, Le mémorial de la déportation des juifs de France, Paris 1978.

oder ihres jüdischen Glaubens vom NS-Staat verfolgt wurden oder sich verfolgt fühlten.“⁵ Einbezogen wurde zusätzlich die in der Freien Stadt Danzig lebende jüdische Bevölkerung. Mit der Erstellung der Liste war eine Projektgruppe im Bundesarchiv von Frühjahr 2005 bis Ende 2007 mit zeitweise bis zu 10 Personen beschäftigt. Finanziert wurde das Projekt von der Bundesregierung mit rund 1 Million Euro und der Stiftung EVZ mit 570.000 Euro;⁶ das Bundesarchiv stellte die Projektleitung sowie die Infrastruktur.

2.2 Die Zahl der jüdischen Einwohner in Deutschland

Bei der Einsetzung der Projektgruppe ging man davon aus, dass die Namen und Schicksale von rund 600.000 jüdischen Personen zu ermitteln waren, die zwischen 1933 und 1945 im Deutschen Reich lebten. Welche Überlegungen führten zu dieser Schätzung?

Anhaltspunkte für die Zahl der jüdischen Einwohner bieten die beiden Volkszählungen vom 16. Juni 1933 und 17. Mai 1939, wobei immer in Rechnung zu stellen ist, dass sich sowohl die territorialen Verhältnisse als auch die Kategorie jüdisch (1933 nach Religion, 1939 nach rassischen Gesichtspunkten) geändert hatten. Trotzdem wird die starke Verringerung des jüdischen Bevölkerungsanteils in den 1930er Jahren aufgrund von Auswanderung und Vertreibung sowie wegen der Überalterung und des Geburtenrückgangs in der jüdischen Bevölkerung um mehr als die Hälfte deutlich: Während im Juni 1933 noch fast 500.000 Angehörige der jüdischen Religionsgemeinschaft registriert wurden, lebten im Mai 1939 auf dem Gebiet des alten Reiches nur noch ungefähr 234.000 Personen jüdischer Herkunft.

Geht man von 500.000 sog. Glaubensjuden zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft aus und versucht, eine Zahl für die jüdischen Einwohner Deutschlands zwischen 1933 und 1939 zu schätzen, so sind erstens alle die hinzuzurechnen, die zwar einem nichtjüdischen Glaubensbekenntnis angehörten, aber nach dem NS-Rassenbegriff jüdischer Abstammung waren und deshalb verfolgt wurden. Aus der Volkszählung vom 17. Mai 1939 ist bekannt, dass sich in der Gesamtzahl der Juden im Altreich 19.716 Personen oder 8,44% befanden, die nicht dem jüdischen Glauben angehörten.⁷ Nimmt man für 1933 ein ähnliches Verhältnis an, so ist mit rund 42.000 zusätzlichen Personen zu rechnen.

Zweitens müssen die nach 1933 nach Deutschland Zugezogenen und die dort Geborenen zur Gesamtzahl addiert werden. Während der Zuzug nicht allzu hoch einzuschätzen ist, so lassen sich allein in den überlieferten Ergänzungskarten der Volkszählung vom 17. Mai 1939 etwa 13.000 Personen nachweisen, die nach der nationalsozialistischen Machtergreifung geboren wurden.

Sehr schwierig zu schätzen ist schließlich drittens die Anzahl der sog. Mischlinge im Jahr 1933. 1939 befanden sich unter den 84.674 sog. Mischlingen 1. und 2. Grades gerade mal 5.569 (6,6%) sog. Glaubensjuden. Würde man diese Verhältnisse auf das Jahr 1933 übertragen, so käme man sogar auf eine Zahl von deutlich über 100.000; allerdings ist eine derartige Übertragung angesichts der veränderten Zeitumstände, zu denen unter anderem der erhöhte Assimilierungsdruck im Dritten Reich gehört, sehr problematisch.

Aufgrund der geschilderten Überlegungen wird eine Zahl von mindestens 600.000 jüdischen Einwohnern im Gesamtzeitraum von 1933-1945 in der wissenschaftlichen Forschung als

⁵ NEBELUNG/ROGGE-GAU/ZENKER-OERTEL, Liste (wie Anm. 1), S. 59.

⁶ Pressemitteilung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ vom 17.09.2008 betr. Liste der verlorenen Bürger. Stiftung übergibt „Verzeichnis der jüdischen Einwohner 1933-1945“ an das Bundeskanzleramt, in: http://www.stiftung-evz.de/w/files/pressemitteilungen/pm_juedische_residentenliste.pdf (Stand: 17.02.2010).

⁷ Vgl. INO ARNDT/HEINZ BOBERACH, Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus. Deutsches Reich, in: WOLFGANG BENZ (Hrsg.), Dimension des Völkermords, München 1991, S. 23-65, hier S. 32f; STATISTISCHES REICHSAMT (Hrsg.), Volkszählung. Die Bevölkerung des Deutschen Reichs nach den Ergebnissen der Volkszählung 1939, in: Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 552, Heft 4: Die Juden und jüdischen Mischlinge im Deutschen Reich, Berlin 1944, S. 6-8.

realistisch angesehen, wobei diese bei Einbeziehung der sog. jüdischen Mischlinge eher als untere Grenze anzusehen sein wird.

2.3 Hauptquellen für die Liste der jüdischen Einwohner

Als Basis der neuen Datenbank dienten zunächst alle Daten, die bereits für die Erstauflage des Gedenkbuches des Bundesarchivs zusammengetragen worden waren. Diese stammten aus verschiedenen Quellen, die beim Internationalen Suchdienst gesammelt und dem Bundesarchiv 1969 in Kopie zur Auswertung übergeben wurden:⁸ aktuelle Meldungen der Gemeinden in der damaligen Bundesrepublik Deutschland, Deportationslisten und sonstigen Gestapo-Unterlagen einschließlich Zugangslisten der Ghettos Theresienstadt und Litzmannstadt, von der amerikanischen Militärregierung nach Kriegsende bei den Kommunen in Bayern und Hessen angeforderten Erhebungsbögen zur jüdischen Bevölkerung vor 1945, die leider unvollständige Personenkartei der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und Mitgliederlisten jüdischer Gemeinden nach 1933; hinzu kamen Auswertungen des niederländischen und des baden-württembergischen Gedenkbuches.⁹

Für die Anfang 2006 erschienene Neuauflage des Gedenkbuches war neben zahlreichen Korrektur- und Ergänzungsmeldungen eine Vielzahl neuer Quellen einbezogen worden.¹⁰ Die wichtigste bildeten dabei zweifellos die Ergänzungskarten für Angaben über Abstammung und Vorbildung aus der Volkszählung vom 17. Mai 1939. Ansonsten hatten sich die Recherchen im Wesentlichen auf zwei Bereiche konzentriert: Einerseits auf die Erfassung der Einwohner der neu aufgenommenen östlichen Gebiete, andererseits auf die Auswertung ausländischer Quellen, um die zwischen 1933 und 1939 in die später von Deutschland okkupierten und deshalb in die Judenvernichtung mit einbezogenen Länder wie Frankreich, Belgien oder die Niederlande emigrierten deutschen Juden zu erfassen.

Mit der Mitte 2006 erfolgten Zusammenführung der für die Entschädigungszahlungen erstellten Datenbank *List of Jewish Residents* mit dem für die beiden Auflagen des Gedenkbuches erarbeiteten Datenpool war ein wichtiger Meilenstein für eine Liste der jüdischen Einwohner im Deutschen Reich 1933-1945 erreicht. Die Projektgruppe bemühte sich darüberhinaus um eine Erweiterung der Quellenbasis in folgenden zwei Schwerpunktbereichen:

1. Unterlagen von Gemeinden: Seit 2005 wurden von Koblenz aus zunächst alle 530 Städte mit mehr als 50 jüdischen Gemeindemitgliedern zur NS-Zeit, dann in einem zweiten Durchgang auch alle 460 Städte mit geringeren jüdischen Einwohnerzahlen angeschrieben und um Mithilfe bei der Recherche nach ehemaligen jüdischen Bewohnern gebeten.¹¹ Dies traf im Allgemeinen auf eine gute Resonanz. Vor Ort ausgewertet oder zum Teil auch nur an

⁸ Diese zu Bänden formierten Kopien aus Arolsen bilden heute den Bestand BArch ZSg 138. Zur Entstehung der ersten Auflage des Gedenkbuches und die dafür benutzten Quellen vgl. ARNDT/BOBERACH, Deutsches Reich (wie Anm. 7), S. 53ff.

⁹ Vgl. In Memoriam. Nederlands Oorlogsslachtoffers, bearb. von G. G. Couwenberg, hrsg. von OORLOGSGRAVENSTICHTING, Den Haag 1961; Die Opfer der nationalsozialistischen Judenverfolgung in Baden-Württemberg 1933-1945. Ein Gedenkbuch, hrsg. von der ARCHIVDIREKTION STUTTGART, (Veröffentlichungen der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg, Beiband zu Bd. 20) Stuttgart 1969.

¹⁰ Zu den Quellen der zweiten Auflage vgl. DIANA SCHULLE/UNDINE VÖLSCHOW, Die Neubearbeitung des Gedenkbuches „Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945“, in: Gedenkbuch – Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945, bearb. u. hrsg. vom BUNDESARCHIV, Koblenz, 2. wesentl. erw. Aufl. 2006, S. IX-XIII, hier S. Xiff; UNDINE VÖLSCHOW, Die Auswertung weiterer Quellen, in: Mitteilungen aus dem Bundesarchiv 14 (2006), H. 1, S. 12f; HANS-DIETER KREIKAMP, Zur Geschichte des Gedenkbuches, in: Ebenda, S. 17-19; ELISABETH BRACHMANN-TEUBNER, Die Neubearbeitung des Gedenkbuches „Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945“. Eine Zwischenbilanz, in: KLAUS OLDENHAGE/HERMANN SCHREYER/WOLFRAM WERNER (Hrsg.), Archiv und Geschichte, Festschrift für Friedrich P. Kahlenberg, Düsseldorf 2000, S. 275-290, hier S. 279ff.

¹¹ Für die Liste der jüdischen Gemeinden vgl. GEDENKSTÄTTE YAD VASHEM (Hrsg.), Black Book of Localities whose Jewish Population was exterminated by the Nazis, Jerusalem 1965, S. 232-278.

das Bundesarchiv übermittelt wurden dabei so unterschiedliche Quellen wie Einwohnermeldekarteien, standesamtliche Register bzw. Beurkundungen jeder Art, Nachkriegslisten, Chroniken, Ortsgeschichten, Schülerarbeiten, Stolpersteinrecherchen und sonstige Veröffentlichungen.

2. Namen von Emigranten: Um die jüdische Emigration, deren Anzahl auf insgesamt ca. 250.000 Menschen (davon allein 132.000 in die USA) geschätzt wird,¹² besser erfassen zu können, wurden verschiedenste Archive, jüdische Gemeinden und sonstige Institutionen in den Zielländern um Mithilfe gebeten. So gelangten etwa aus Brasilien, Schweden, Südafrika oder der Schweiz Informationen über Ausgewanderte in die Datenbank.

Mittlerweile sind Informationen aus über 1000 verschiedenen Provenienzen und Quellen in die Datenbank eingeflossen. Davon stammt ungefähr jeweils ein Viertel aus den Kommunen und aus bereits publiziertem Material, die andere Hälfte aus Archiven, Gedenkstätten und Forschungseinrichtungen.

2.4 Die Arbeit an der Datenbank

Im folgenden Abschnitt soll geschildert werden, wie das Bundesarchiv vorgeht, um aus 2,5 Mio. Materialdatensätzen mit zahlreichen Doppelnennungen zu 600.000 sinnvoll verdichteten Einzelpersonendossiers mit mehreren zugeordneten Materialdatensätzen (sog. Cluster) zu gelangen. Wichtig ist dem Bundesarchiv dabei insbesondere, dass die Nachvollziehbarkeit der Herkunft jeder Einzelinformation aus der jeweiligen Quelle bzw. Provenienz erhalten bleibt, um die wissenschaftliche Überprüfbarkeit zu gewährleisten. Dazu wurde von der seit 2002 mit der technischen Betreuung der Datenbank zur Residentenliste beauftragten IT-Firma Ossenberg & Schneider eine webbasierte Anwendung entwickelt, die eine Bearbeitung in zwei Schritten – einem automatisch-maschinellen und einem manuellen – ermöglicht und noch immer angewandt wird. Da die mit J-Forma erstellte Datenbank als MicrosoftSQL-Server-Datenbank vorliegt und über das Internet zugänglich ist, kann die manuelle Bearbeitung disloziert von überall erfolgen.

Im ersten Schritt werden mit Hilfe der IT-Technik zusammengehörige Datensätze identifiziert, d.h. Datensätze, die sich auf ein und dieselbe Person beziehen, aber aus unterschiedlichen Quellen stammen und deshalb häufig abweichende Angaben enthalten. Diese Abweichungen gehen zum Teil auf Erfassungsfehler zurück, zum Teil aber auch auf Schreib- bzw. Namensvarianten, Datenlücken, sprachliche Probleme (viele Namen wurden nur nach dem Gehör aufgezeichnet) oder ähnliches. Um hier zu automatisch abgleichenen Datensätzen zu gelangen, müssen zunächst verschiedene Angleichungen und Normalisierungen vorgenommen werden. Im Bereich der Namen bedeutet dies etwa, dass mehrgliedrige Namen (beispielsweise Dr. Elly Henriette von Brochwitz geb. Goldschmidt) unter Streichung von Namenszusätzen (Dr., von) in mehrere einfache Namenskombinationen umgewandelt werden (Elly Brochwitz, Elly Goldschmidt, Henriette Brochwitz, Henriette Goldschmidt). Namensschreibweisen wie (Gold-) Schmidt, Schmitt oder Schmied werden nach phonetischen Grundregeln vereinheitlicht, Abweichungen durch Vornamensvarianten dank hinterlegter Synonymtabellen minimiert (identisch sind z.B. Jette, Henny, Henni, Henrietta, Henriette). Durch die Einbeziehung dreier normalisierter Datenfelder (Name, Vorname, Geburtsdatum) lassen sich verschiedene Übereinstimmungen und Ähnlichkeiten finden, wobei sowohl bei diesen Kriterien als auch bei der Programmierung höherer oder geringerer Fehlertoleranz variiert werden kann, je nachdem, ob es wichtiger ist, möglichst viele vermutlich gleiche Datensätze zusammenzuspielen oder die Quote an fälschlicherweise zugeordneten Datensätzen besonders gering zu halten.¹³ Das Ergebnis ist eine bestimmte

¹² Vgl. etwa LUDOLF HERBST, *Das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945*, Frankfurt/M. 1996, S. 211.

¹³ Vgl. dazu UWE OSSENBERG, *Automatisierter Abgleich von Personendaten – Probleme, Lösungsansätze und Erfahrungen*, Vortrag gehalten am 15.10.2008 auf dem Workshop „Datenbanken zu Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945“ im Bundesarchiv.

Anzahl von Datensätzen, die als Cluster einem übergeordneten Master zugeordnet werden. Da Zuordnungen – insbesondere bei fehlenden oder abweichenden Geburtsdaten – aber oft nicht eindeutig sind, gibt es die Möglichkeit, einen Datensatz auch mehreren Personen automatisch optional zuzuordnen.

Nach Abschluss der maschinellen Bearbeitung, bei der die wichtigsten Einzelinformationen bereits automatisch aus den verschiedenen Materialdatensätzen in den Masterdatensatz übertragen werden, müssen die Cluster nun in einem zweiten Schritt manuell geprüft und bearbeitet werden. Dabei wird entschieden, ob es sich um einen jüdischen Residenten handelt und ob die einem Cluster automatisch zugeordneten Materialdatensätze wirklich zusammen gehören und die gleiche Person betreffen. Im Falle einer falschen Zuordnung wird ein neuer Cluster angelegt oder die Zuordnung verändert. In den eindeutig übereinstimmenden Materialdatensätzen zusätzlich enthaltene Informationen zu einer Person werden in der Master-Eingabemaske ergänzt sowie eventuell vorhandene Fehler berichtigt. Ziel ist eine Liste, in der jeder jüdische Einwohner durch einen eigenen Cluster erfasst ist, alle Materialdatensätze eindeutig einem Individuum zugeordnet und ihre Informationen zu einer Person komplett zusammengefasst sind.

3 Die dritte Phase: Die Liste als Daueraufgabe des Bundesarchivs

Nach der Beendigung der finanziellen Zuwendung durch die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ ist das Bundesarchiv seit Anfang 2008 alleinverantwortlich für die weitere Bearbeitung, Korrektur und Ergänzung der Liste. Da erkannt wurde, dass dies angesichts der immensen Dimensionen des Unternehmens keine rasch zu lösende Projektaufgabe sein kann, ist die Residentenliste nun zusammen mit der Weiterentwicklung des Gedenkbuches als Sachgebiet „Dokumentation der Judenverfolgung“ in den Aufgabenbereich des Bundesarchivs, Abteilung Reich, dauerhaft übernommen worden. Zugleich mit dieser langfristigen Perspektive fielen die bisherigen Projektmitarbeiter weg, so dass die Arbeit nun mit weniger Personal, dafür mit einem langen Atem vor sich gehen und zu einem hoffentlich zufriedenstellenden Ergebnis führen wird.

Ergänzungen, wie sie sich aus der Berücksichtigung der zahlreichen Rückmeldungen und der Einarbeitung neu erschlossener Quellen ergeben, werden laufend von den im Bundesarchiv für Gedenkbuch und Residentenliste zuständigen Mitarbeitern vorgenommen. Die Datenbank bedarf aber noch im großen Umfang der weiteren Bearbeitung mit dem Ziel der Informationsverdichtung und Entdoppelung; derzeit (Anfang 2010) sind 30% der gesamten Cluster manuell fertig bearbeitet sowie weitere 12% IT-gestützt weitgehend aufbereitet, so dass die abschließende Bearbeitung noch eine Aufgabe für mehrere Jahre darstellt. Weitere Recherchen sollen gezielt bisherige Defizite in den Bereichen Emigration und östliche Reichsgebiete vermindern. Klar ist aber auch, dass ein Vorhaben wie die Liste der jüdischen Einwohner wohl niemals komplette Vollständigkeit erreichen wird.

4 Weitergabe, Benutzung und Bedeutung der Residentenliste

In den Medien präsent war die Liste der jüdischen Einwohner im Deutschen Reich 1933-1945 nicht nur anlässlich ihrer Übergabe an die Bundesregierung im Kanzleramt am 17.09.2008, sondern auch bei der Weitergabe umfassender Datenauszüge aus der Residentenliste auf DVD an die Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem am 23.10.2008 und an das US Holocaust Memorial Museum in Washington am 25.02.2009.¹⁴ Auch andere ausgewählte

¹⁴ Vgl. Pressemitteilung der Stiftung EVZ vom 17.09.2008 (wie Anm. 6); Pressemitteilungen des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung vom 23.10.2008 betr. Kulturstaatsminister Bernd Neumann überreicht

Partnerinstitutionen wie das Jüdische Museum Berlin, die Jewish Claims Conference und das Zentralarchiv des Zentralrats der Juden in Deutschland sowie fast alle Hauptstaatsarchive der Bundesländer haben eine Kopie der Liste erhalten.

Dabei stellt die Weitergabe der Daten eine Gratwanderung dar. Auf der einen Seite liegt dem Bundesarchiv natürlich daran, dem großen Interesse der Öffentlichkeit nachzugeben und der Forschung dieses Instrument an die Hand zu geben, für die es schließlich entwickelt wurde. Auf der anderen Seite muss dem Bundesarchiv beim derzeitigen Stand der Datenbank aber auch daran gelegen sein, weitere Zeit für die Bearbeitung zu gewinnen und den Kreis der Empfänger vergleichsweise klein zu halten, um die Anzahl der Rückfragen und die Kosten für Aktualisierungen beherrschbar zu machen. Hinzu treten gewichtige rechtliche Gründe. Dabei geht es erstens um die Rechte der Datengeber – schließlich hat das Bundesarchiv die Informationen nur gesammelt – und zweitens um die Personenschutzrechte der Betroffenen, die zum Teil noch leben. Deshalb folgt die Weitergabe der Daten einem 2004 mit dem Bundesdatenschutzbeauftragten vereinbarten Kompromiss, nach dem die Empfänger sich zur strikten Einhaltung des Bundesarchivgesetzes inklusive seiner Sperrfristen auf personenbezogene Daten und seiner Regelungen zur Verkürzung von Schutzfristen verpflichten müssen.

Trotz dieser noch eingeschränkten Nutzungsmöglichkeiten stellt die Residentenliste ein einzigartiges historisches Dokument dar, zusammengetragen aus hunderten von verschiedenen Quellen. Dabei möchte die Liste der jüdischen Einwohner Teil der Selbstvergewisserung Deutschlands und der jüdischen Organisationen über die einstigen jüdischen Bürger des Reiches sein. Sie soll helfen, die Geschichte der Juden in Deutschland ins Bewusstsein zu rücken und ihnen ihre namentliche Identität zurück zu geben. Anhand von hunderttausenden Einzelschicksalen erinnert sie an das einstmals rege jüdische Leben in Deutschland und macht damit begreifbar, welchen Schatz an Menschen, aber auch an Kultur, Wissen und Erfahrung Deutschland durch die NS-Verfolgungsmaßnahmen verlor. Dieser Aspekt kommt in der Bezeichnung als „Liste der verlorenen Bürger“ recht gut zum Ausdruck.¹⁵ Die Wissenschaft kann sie bei der Erforschung einer ganzen Reihe von Fragestellungen unterstützen, etwa die nach der Alters- und Wohnstruktur der jüdischen Bevölkerung in Deutschland, den Wanderungsbewegungen, dem Emigrations- und Deportationsgeschehen. Darüberhinaus dient sie zur Ermittlung der jüdischen Herkunft von Einzelpersonen sowie als Grundlage für Familienrecherchen und entsprechende Schicksalsklärungen.

Residentenliste in Gedenkstätte Yad Vashem

(http://www.bundesregierung.de/nn_914476/Content/DE/Archiv16/Pressemitteilungen/BPA/2008/10/2008-10-23-neumann-yad-vashem.html, Stand: 17.02.2010) und 25.02.2009 betr. Kulturstaatsminister Bernd Neumann überreicht Residentenliste an Holocaust Memorial Museum in Washington

(http://www.bundesregierung.de/nn_914476/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2009/02/2009-02-25-bkm-residentenliste.html, Stand: 17.02.2010).

¹⁵ Pressemitteilung der Stiftung EVZ vom 17.09.2008 (wie Anm. 6).